

WHO-Tabakkonferenz: Internistinnen und Internisten fordern konsequente Einschränkungen für Tabak-, Nikotin- und Vape-Produkte

Wiesbaden - Von Herzinfarkten und Krebserkrankungen über Lungenschäden und Nierenfunktionsverlust bis hin zu Stoffwechsel- und hormonellen Störungen: Die gesundheitlichen Folgen des Rauchens betreffen sämtliche Bereiche der Inneren Medizin. Daher fordert die Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin e. V. (DGIM) im Namen aller Internistinnen und Internisten deutlich strengere Regeln für Tabak-, Nikotin- und Vape-Produkte. Die Fachgesellschaft fordert anlässlich der aktuell tagenden Tabak-Konferenz der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auch für Deutschland härtere Maßnahmen wie Werbebeschränkungen, schärfere Regulierung neuer Tabak- und Nikotinprodukte wie Vapes und besseren Jugendschutz.

Seit Montag dieser Woche diskutieren 183 Staaten in Genf darüber, wie Tabakprodukte und neue Nikotinformen wie E-Zigaretten, Einweg-Vapes und Nikotinbeutel künftig strenger reguliert werden können. Grundlage ist das Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs von 2003. Die DGIM begrüßt diese Debatte ausdrücklich, denn Internistinnen und Internisten behandeln tagtäglich Menschen, die durch Rauchen und Vapen schwer erkrankt sind.

„Rauchen und Vapen schädigen den Körper direkt, vervielfachen das Risiko für viele Erkrankungen und können außerdem bestehende Erkrankungen weiter verschlechtern“, erklärt Professorin Dr. Dr. med. Dagmar Führer-Sakel, Vorsitzende der DGIM. Darüber, dass Tabak und Nikotin ein Hauptziel vorbeugender Maßnahmen der Gesundheitspolitik auch in Deutschland sein müssen, herrscht unter Internistinnen und Internisten aller Schwerpunkte Einigkeit.

Dies hat kürzlich ein Treffen von Vertreterinnen und Vertretern aller internistischen wissenschaftlichen Fachgesellschaften auf Einladung der DGIM deutlich gemacht. Dort haben die Teilnehmenden über Möglichkeiten einer besseren Krankheitsprävention in Deutschland diskutiert. „Die schädliche Wirkung von Nikotinprodukten ist hinlänglich belegt. Durch konsequente Prävention könnte sehr viel Leid vermieden werden“, konstatiert Professorin Führer-Sakel, die auch Direktorin der Klinik für Endokrinologie, Diabetologie und Stoffwechsel am Universitätsklinikum Essen ist.

Neben den gesundheitlichen Folgen weist die DGIM auf die erheblichen volkswirtschaftlichen Belastungen hin. Zwar bringe die Tabaksteuer dem Staat jährlich rund 15 Milliarden Euro ein, dem stünden laut Deutschem Krebsforschungszentrum jedoch direkte Kosten von über 30 Milliarden Euro für Behandlungen, Medikamente oder Pflegebedarf gegenüber, die sich auf das Rauchen zurückführen lassen. Alle Folgekosten des Tabakkonsums hinzugerechnet, verursacht das Rauchen jährlich einen volkswirtschaftlichen Schaden von fast 100 Milliarden Euro (1).

„Im Vordergrund steht das vermeidbare menschliche Leid, aber wir könnten auch unser Gesundheitswesen entscheidend entlasten, wenn wir konsequentere Maßnahmen zum Schutz unserer Bevölkerung vor dem Rauchen und Dampfen ergreifen würden“, sagt DGIM-Generalsekretär Professor Dr. med. Georg Ertl.

Dabei müssten Werbeverbote und Verkaufsbeschränkungen für Rauch- und Vaping-Produkte mit

einem Ausbau von Aufklärungs- und Entwöhnungsangeboten einhergehen. Die DGIM und ihre Schwerpunktgesellschaften fordern auch ein Verbot von Aroma-Stoffen, die junge Menschen für Nikotin-Produkte ködern sollen und darüber hinaus im Verdacht stehen, nach Erhitzen krebserregend zu sein.

Die WHO-Tabakkonferenz setzt aus Sicht der DGIM ein wichtiges Signal für einen stärkeren globalen Einsatz gegen tabak- und nikotinbedingte Erkrankungen. „Deutschland sollte diesen Impuls aufgreifen und insbesondere bei jungen Menschen Chancen für die Prävention nutzen“, so Ertl abschließend.

Quellen

Deutsches Krebsforschungszentrum und Deutsche Krebshilfe, Tabakatlas Deutschland 2025, Heidelberg

2025: https://www.dkfz.de/fileadmin/user_upload/Aktuelles/Download/Tabakatlas-Deutschland-2025.pdf

Diese Pressemitteilung wird unterstützt von:

Deutsche Diabetes Gesellschaft e.V.

Deutsche Gesellschaft für Angiologie – Gesellschaft für Gefäßmedizin e.V.

Deutsche Gesellschaft für Endokrinologie e.V.

Deutsche Gesellschaft für Geriatrie e.V.

Deutsche Gesellschaft für Hämatologie und Medizinische Onkologie e.V.

Deutsche Gesellschaft für Infektiologie e.V.

Deutsche Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin e.V.

Deutsche Gesellschaft für Kardiologie – Herz- und Kreislaufforschung e.V.

Deutsche Gesellschaft für Nephrologie e.V.

Deutsche Gesellschaft für Pneumologie e.V.

Deutsche Gesellschaft für Rheumatologie e.V.

Deutsche Gesellschaft für Gastroenterologie, Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten e.V.

Terminhinweis

Pressekonferenz der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin e. V. (DGIM) und der Korporativen Mitglieder der DGIM

Krisenfest in die Zukunft: Strategien für ein widerstandsfähiges Gesundheitssystem

Termin: Mittwoch, 26. November 2025, 11:00 bis 12:00 Uhr

Link zum Programm und zur

Online-Anmeldung: <https://events.teams.microsoft.com/event/dc35b598-6431-4c7e-b471-e652d51fec2c@1495922a-4378-45e9-a32a-422448450fb1>

Vorläufige Themen und Referierende:

Forschung als Innovationsmotor: wie wissenschaftliche Exzellenz die Innere Medizin von morgen sichert

Univ.-Professorin Dr. Dr. med. Dagmar Führer-Sakel, Vorsitzende der DGIM, Direktorin der Klinik für Endokrinologie, Diabetologie und Stoffwechsel am Universitätsklinikum Essen

Gesundheitssystem am Limit - wie bleibt die Versorgung auch in Krisenzeiten stabil?

Professor Dr. med. Georg Ertl, Generalsekretär der DGIM, Internist und Kardiologe aus Würzburg

Klimawandel, Demografie, Arbeitsbelastung: wie junge Ärztinnen und Ärzte Stressoren begegnen

Dr. med. Lena Levien, Arbeitsgruppe JUNGE DGIM, Ärztin in Weiterbildung Innere Medizin/Hämatologie und Onkologie, Universitätsmedizin Göttingen

Digitale Werkzeuge für mehr Resilienz: KI und Daten als Stabilisatoren der Versorgung

Linea Schmidt M.Sc, Lehrstuhl für Digital Health, Economics and Policy, Hasso-Plattner-Institut, Postdam

Innovation und Standortfrage: Wie sichern wir die Versorgung in Deutschland?

Dr. rer. pol. Claus Michelsen, Geschäftsführer Wirtschaftspolitik, Verband Forschender Arzneimittelhersteller e.V., Berlin

Moderation: DGIM Pressestelle, Stuttgart